

NIEDERSCHRIFT

über die **17.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **12.09.2013**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Hans Ludwig Dickers Vertretung für Herrn Suppes
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Hans-Josef Engels
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Norbert Kallen
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Frau Ursel Meis
8. Herr Werner Moritz
9. Frau Maria Widdekind
10. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

11. Herr Denis Arndt
12. Herr Udo Bartsch
13. Frau Margot Dubbel
14. Herr Erwin Popien
15. Herr Rainer Schmitz
16. Frau Gertrud Servos

• FDP-Fraktion

17. Herr Stephan Kees Vertretung für Herrn Kohnen
18. Frau Christa Quellmann
19. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 20. Herr Martin Kresse
- 21. Frau Angela Stein-Ulrich

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 22. Frau Karin Borrmann-Schulz
- 23. Herr Carsten Thiel

- **beratende Mitglieder**

- 24. Herr Karl Boland
- 25. Herr Bernd Gellrich
- 26. Herr Dr. Josef Merten

- **Gäste**

- 27. Frau Helga Weiss

- **Verwaltung**

- 28. Frau Katharina Czudaj
- 29. Herr Dr. Michael Dörr
- 30. Herr Edwin Erdmann
- 31. Herr Siegfried Henkel
- 32. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 33. Herr Marcus Mertens
- 34. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

- **Schriftführerin**

- 35. Frau Birgit Rothe

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2666/XV/2013	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2668/XV/2013.....	4
2.3.	Gemeinsame Vereinbarung zur Erreichung der Ziele im SGB II in 2013 Vorlage: 50/2669/XV/2013.....	5
3.	Vorstellung der Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/Nordrhein e.V., Neuss und Tätigkeitsbericht Vorlage: 53/2651/XV/2013	5
4.	Haushalt 2013 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/2683/XV/2013	6
5.	Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit Vorlage: 50/2670/XV/2013.....	6
6.	Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter Vorlage: 50/2686/XV/2013	6
7.	Mitteilungen.....	7
7.1.	Kommunales Integrationszentrum.....	7
7.2.	Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/2675/XV/2013	7
7.3.	Adressübersicht ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen	7
7.4.	Beratung über Hilfen im Alter - Jahresbericht 2012 Vorlage: 50/2678/XV/2013	8
7.5.	Seniorenheim Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch	8
8.	Anfragen	10

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu den Entwicklungen beim Seniorenwohnpark Meerbusch und Seniorenheim Medina Meerbusch habe die Verwaltung einen Bericht vorgelesen.

Kurz vor der Sitzung seien hierzu auch ein Antrag der UWG Kreistagsfraktion und eine Anfrage der SPD Kreistagsfraktion eingegangen. Die Anfragen würden somit trotz teils verspäteten Zugangs behandelt.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2666/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass in 2013 bisher in jedem Monat die Werte des Vorjahres überschritten wurden. Nach den Hochrechnungen zum Stand August 2013 werde man in diesem Jahr den geplanten Netto-Ansatz um 800.000 € überschreiten.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Carsten Thiel begründete er dies mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosenzahlen, welche sich auch auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auswirken würde sowie mit gestiegenen Nebenkosten.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2668/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Arndt fragte, ob es möglich sei, in den Jobcenter-Bericht auch die Zahl der Aufstocker aufzunehmen, optimal wäre eine Unterteilung nach Vollzeit- und Teilzeitkräften.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz sagte zu, die Frage an das Jobcenter zur Prüfung weiter zu geben.

Kreistagsmitglied Kresse führte die steigende Personenzahl im SGB II und die daraus resultierende Höhe der KdU auf die Kürzung des Eingliederungstitels zurück.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz teilte diese Auffassung nicht, er sehe die Gründe in der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Dieser Entwicklung versuche man mit entsprechenden Projekten entgegenzuwirken. Er verwies hier auf den Vortrag von Frau Schoofs und Frau Gilles im Kreisausschuss am Vortag.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel beanstandete, dass trotz Entnahmen aus dem Eingliederungstitel zugunsten des Verwaltungskostentitels nicht genügend Personal im Jobcenter eingesetzt werde.

Kreistagsmitglied Meis wies darauf hin, dass die Arbeitslosenzahlen im Rhein-Kreis Neuss deutlich günstiger aussähen, als in weiten Teilen von NRW.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose sprach sich für eine differenzierte Betrachtung der Ursachen aus.

Sachkundiger Bürger Boland teilte diese Auffassung und plädiert ebenfalls für eine neue Sichtweise. Bei den Menschen im Leistungsbezug bildeten sich Spezialwelten, welchen man nicht alleine mit den Instrumenten des SGB II begegnen könne.

2.3. Gemeinsame Vereinbarung zur Erreichung der Ziele im SGB II in 2013 Vorlage: 50/2669/XV/2013

Protokoll:

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.
Wortmeldungen lagen nicht vor.

3. Vorstellung der Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/Nordrhein e.V., Neuss und Tätigkeitsbericht Vorlage: 53/2651/XV/2013

Protokoll:

Herr Renner und Frau Schulz stellten die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt. Der Vortrag schloss mit der Darstellung der finanziellen Situation der Alzheimer Gesellschaft. Der Beratungsbedarf wachse zunehmend, die Mittel reichen jedoch nicht mehr aus, die damit verbundenen Kosten zu decken.

Dezernent Mankowsky bedankte sich für die Vorstellung des Aufgabenspektrums und für die Arbeit in den vergangenen Jahren. Bezüglich der Finanzierung sei allerdings zu beachten, dass es im Rhein- Kreis Neuss über hundert weitere Selbsthilfegruppen gebe. Andererseits muss die Alzheimer Gesellschaft aufgrund der Besonderheit des im Mittelpunkt der Arbeit stehenden Krankheitsbildes besonders betrachtet werden. Dies sei Grund für die Übernahme eines Festkostenzuschusses gewesen. Er sehe nun durch die steigenden Kosten die Arbeit in Frage gestellt. Bei Abwägung der Interessen sehe er einen Kompromiss darin, den Festkostenzuschuss in einen Personalkostenzuschuss umzuwandeln, so dass hier künftig eine jährliche Anpassung wie bei den anderen Personalkostenzuschüssen erfolgen könne.

Auch die Kreistagsmitglieder Widdekind, Kresse, Servos, Carsten Thiel und Rosellen bedankten sich für den Vortrag und würdigten die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft. Kreistagsmitglied Carsten Thiel begrüßt zudem den Ansatz, mehr ehrenamtliche Helfer in die Arbeit einzubinden.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Umstellung der Zuwendung an die Alzheimer Gesellschaft von einer Projekt- auf eine Personalkostenförderung zu, womit tarifliche Anpassungen keiner neuen Antragstellung mehr bedürfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Haushalt 2013 - Zuwendungen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege

Vorlage: 50/2683/XV/2013

Protokoll:

Wortmeldungen lagen nicht vor.

5. Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit

Vorlage: 50/2670/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz stellte die neuesten Entwicklungen bezüglich der Inanspruchnahme von Bildungs- und Teilhabeleistungen vor. Die Zahl der leistungsberechtigten Kinder sei von ca. 16.000 zum Start des BuT auf mittlerweile über 18.000 Kinder gestiegen. Es sei ebenfalls ein Anstieg der Antragszahlen festzustellen. Im Zeitraum Januar bis Juli 2013 seien 12.013 Anträge gestellt worden. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 10.617 Anträge.

Man habe in 2013 in diesem Zeitraum 88 % der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen erreicht. Im Vorjahreszeitraum waren es ca. 56 %. Die erfreuliche Entwicklung sei unter anderem auch auf die Schulsozialarbeit zurück zu führen.

Kreistagsmitglied Widdekind sieht den Rhein-Kreis Neuss hier auf dem richtigen Weg. Kreistagsmitglied Schmitz fragte, bis wann die Schulsozialarbeit gesichert sei.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Schulsozialarbeit BuT im Rhein-Kreis Neuss mindestens bis Ende 2014 gesichert sei. Eventuell könne auch noch eine Finanzierung bis in 2015 hinein erfolgen. Er hoffe, dass sich hier die Landesregierung in Richtung einer Weiterfinanzierung positionieren werde.

Der Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes ist als Anlage beigelegt.

6. Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter

Vorlage: 50/2686/XV/2013

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verwies auf die bisherige Beratung zu der Frage, wie man die Aufgaben der Gesundheitskonferenz mit denen der Pflegekonferenz besser verknüpfen könne. Die Verwaltung habe nun einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt ist als Anlage beigelegt.

Dezernent Mankowsky teilte mit, dass man beim Abgleich der Geschäftsordnungen und der Teilnehmer der beiden Konferenzen eine große Schnittmenge festgestellt habe.

Man habe festgestellt, dass es nicht sinnvoll sei Personen zu benennen und habe daher mit dem in der Tischvorlage unterbreiteten Vorschlag auf die Benennung von Institutionen abgestellt.

Die erste Konferenz sei im November geplant.

Die Kreistagsmitglieder Widdekind und Rosellen sahen bezüglich der Mitgliederliste noch entsprechender Beratungsbedarf. Die Geschäftsordnung sei in Ordnung.

Dezernent Mankowsky schlug vor, eine entsprechende Vorlage für den Kreisausschuss im Oktober vorzubereiten.

Kreistagsmitglied Kallen bat darum auszuweisen, welche Mitglieder stimmberechtigt und welche beratende Mitglieder seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose griff den Verfahrensvorschlag von Dezernent Mankowsky auf und unterbreitet folgenden alternativen Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hält an einer gemeinsamen Gesundheits- und Pflegekonferenz fest. Ein Vorschlag für die inhaltliche und organisatorische Gestaltung dieser Konferenz wird durch die Verwaltung ausgearbeitet. Auf Grundlage dieser Vorlage werde man dann im Kreisausschuss im Oktober eine Entscheidung treffen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7. Mitteilungen

7.1. Kommunales Integrationszentrum

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz informierte, dass das Kommunale Integrationszentrum zum 01.08.2013 an den Start gegangen sei. Die Leitung sei mit Frau Weyerstrass besetzt. Eine weitere Leitungsstelle für den schulfachlichen Bereich müsse noch besetzt werden.

7.2. Sachstand Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel

Vorlage: 50/2675/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Servos bat möglichst frühzeitig um die Vorlage der Beratungsunterlagen für die nächste Sitzung.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Bartsch teilte Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz mit, dass laut der Firma Analyse & Konzepte alle sogenannten größeren Vermieter im Rhein- Kreis Neuss bezüglich der Mietwerterhebung angeschrieben worden seien.

7.3. Adressübersicht ambulante, stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen

Protokoll:

Wortmeldungen lagen nicht vor.

7.4. Beratung über Hilfen im Alter - Jahresbericht 2012

Vorlage: 50/2678/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Kresse befürwortet einen gebührenfreien Betrieb der Hotline. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte zu, den Vorschlag zu prüfen.

7.5. Seniorenheim Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch

Protokoll:

Der Antrag und die Anfrage der Kreistagsfraktion der UWG sowie die Anfrage der Kreistagsfraktion der SPD sind als Anlage beigefügt.

Allgemeiner Vertreter des Landrates Jürgen Steinmetz berichtete, dass heute Morgen die Schließung des Seniorenwohnparks Meerbusch und des Seniorenheims Medina Meerbusch zum 30.11.2013 verfügt worden sei. Die Verfügung der Schließung erfolgte nach entsprechender Anhörung der Betreiber.

Er betonte, dass es sich hier um einen Einzelfall handele.

Der Rhein- Kreis Neuss verfüge ansonsten über eine gute Heimlandschaft mit einer hohen Qualität in der Versorgung seiner Bewohner.

Die beiden angesprochenen Einrichtungen haben seit Mitte 2012 unter verstärkter Beobachtung der Heimaufsicht gestanden, nachdem dort quantitative und qualitative Mängel in der Versorgung der Bewohner aufgefallen waren.

Die weitere Erläuterung des Sachverhaltes entspricht weitestgehend der hierzu veröffentlichten Pressemitteilung, welche als Anlage dem Protokoll beigefügt ist.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz dankte besonders Herrn Mertens, Herrn Böhme und Frau Schiffer von der Heimaufsicht im Sozialamt des Rhein- Kreises Neuss sowie Herrn Stutz und Frau Mierisch vom Gesundheitsamt des Rhein- Kreises Neuss. Diese hätten zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten sowie am Wochenende Kontrollen durchgeführt und hier einen besonders engagierten Einsatz gezeigt.

Er wies darauf hin, dass gegen die heute erlassenen Bescheide des Rhein- Kreises Neuss der Rechtsweg in Form einer Klage möglich sei.

Er erklärte, dass der gegen die Heimaufsicht erhobene Vorwurf der Befangenheit selbstverständlich geprüft worden sei. Diese Prüfung habe ergeben, dass die Vorwürfe jeder Grundlage entbehren und vielmehr vollkommen absurd seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose betonte, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss in seinen bisherigen Beratungen deutlich gemacht habe, dass er auf eine konsequente Ausübung der Heimaufsicht großen Wert lege. Dies diene einem hohen Qualitätsstandard zum Nutzen der Heime, deren Bewohner und deren Mitarbeiter und spiegele sich darin wider, dass bislang keine größeren Missstände kreisweit vorgekommen seien.

Auch wenn die nun vorgenommene Schließung ein erstmalig vorgenommener Prozess sei, so entspreche er doch den bislang vertretenen politischen Prinzipien des Rhein- Kreises Neuss.

Kreistagsmitglied Widdekind bedankte sich für die erneute ausführliche Mitteilung durch Allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz. Bereits in den vergangenen Monaten sei der Ausschuss durch die ausführliche Berichterstattung von Herrn Mertens über alle Details dieser Angelegenheit informiert gewesen. Auch sie bedankte sich bei Herrn Mertens.

Dem Rhein- Kreis Neuss sei letztlich keine andere Möglichkeit geblieben, als die Schließung der Einrichtungen zu verfügen. Unabhängig von einzelnen Kritikern stünde die Politik hinter der Entscheidung der Verwaltung.

Sie bedauere die Situation, in welcher nun die Bewohner und Angehörigen stünden, gehe aber davon aus, dass der Rhein- Kreis Neuss Hilfe anbieten werde.

Kreistagsmitglied Servos schloss sich dem Dank an. Sie frage sich, was nun aus den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen werde.

Weiterhin fragte sie, ob die mangelhafte Versorgung auch strafrechtliche Konsequenzen habe.

Sie sehe es als schwierig an, die Bewohner in eine fremde Stadt umzusiedeln.

Sie bat um Auskunft, ob andere Heimaufsichten, in deren Zuständigkeitsbereich die Marseille-Kliniken Einrichtungen betreiben, über die Vorgänge im Rhein-Kreis Neuss informiert würden.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel erklärte, die Kreistagsfraktion der UWG habe vergangenen Samstag aus einem Pressebericht erfahren, dass sich die Zustände in dem Pflegeheim Medina seit 8 Monaten nicht verbessert haben. Daraufhin habe man den Antrag für den Sozial- und Gesundheitsausschuss formuliert, das Heim solle zum nächstmöglichen Zeitpunkt, am besten sofort, geschlossen werden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass 36 Mal geprüft werden müsse, bis eine Einrichtung geschlossen werde. Es stelle sich zudem die Frage, ob die Marseille- Gruppe das Heim an einen anderen Träger innerhalb ihrer Gruppe abgeben könne, insbesondere, da bereits Verkaufsabsichten bekannt gewesen seien.

Kreistagsmitglied Kresse zeigte sich sehr zufrieden mit der Vorgehensweise der Verwaltung. Leider hätten solche Maßnahmen einen entsprechend langen Vorlauf. Es handele sich um einen massiven Eingriff, welcher entsprechend rechtssicher vorbereitet werden müsste. Fehler im Verwaltungshandeln könne er nicht erkennen.

Auch er fühle sich durch die Verwaltung in den vergangenen Monaten in dieser Angelegenheit ausreichend und gut informiert, so dass er die Entscheidung vom heutigen Tag nachvollziehen könne.

Er sehe allerdings keine Verantwortung des Kreises hinsichtlich des Verbleibes der Mitarbeiter. Dies sei Aufgabe des Trägers.

Auch Kreistagsmitglied Rossellen bestätigte, dass die Politik in den letzten Sitzungen ausführlich über die Situation informiert worden sei. Die Schließung der Einrichtungen sei ein nun notwendiger Schritt gewesen. Auch er würde sich wünschen, dass der Kreis nicht nur bezüglich der Unterbringung der Bewohner Hilfestellung leistet, sondern sich auch für die Mitarbeiter einsetzt.

Kreistagsmitglied Kallen bat um Auskunft, warum die Knappschaft anlässlich der Prüfergebnisse des MDK die Versorgungsverträge noch nicht gekündigt habe.

Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz nahm Stellung zu den aufgeworfenen Fragen: Er informierte zunächst darüber, dass derzeit zwei Strafverfahren in Zusammenhang mit den Einrichtungen bekannt seien.

Nicht bekannt sei, wie viel Personal dort derzeit im Einsatz sei.

Man werde selbstverständlich den Bewohnern und soweit möglich auch den Mitarbeitern Hilfe anbieten. Die Aufgaben des Trägers könne man an dieser Stelle aber nicht übernehmen.

Bezüglich des Einwandes, dass es so lange gedauert habe, bis man die Schließung verfügt habe, bestätigte er die Auffassung von Kreistagsmitglied Kresse. Das Gesetz gebe ein Procedere vor. Hieran müsse man sich als Verwaltung halten. Der Abwägungsprozess sei zudem sehr schwierig.

Alle Möglichkeiten, welche das Wohn- und Teilhabegesetz in solchen Fällen bietet, seien ausgeschöpft worden.

Er habe mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter gesprochen. Möglicherweise erfolge eine überregionale Information von dort aus. Der Rhein-Kreis Neuss werde hier jedoch nicht aktiv auf die Heimaufsichten anderer Städte oder Kreise zugehen.

Dass die Marseille-Gruppe den Betrieb mit einem anderen, der eigenen Gruppe zugehörigen Betreiber weiter führt, wäre unter Umständen zulässig. Hier müssten dann die Prüfungen der Heimaufsicht neu ansetzen.

Mit der Untersagungsverfügung habe man eine wichtige Grundlage zur außerordentlichen Kündigung des Versorgungsvertrages geliefert. Es handele sich aber hierbei um ein eigenes Verfahren der Knappschaft.

Kreistagsmitglied Carsten Thiel fragte, was geschehen würde, wenn sich das gesamte Personal der Einrichtungen nun gleichzeitig krank melden würde. Er gehe davon aus, dass viele nun nicht mehr bestrebt seien dort zu arbeiten. Er bat um Auskunft, ob der Rhein-Kreis Neuss dann dorthin Personal entsenden würde.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes bis zur Abwicklung Aufgabe des Betreibers sei. Dies sei auch entsprechend in die Verfügung aufgenommen.

8. Anfragen

Protokoll:

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:15 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender



Birgit Rothe
Schriftführung



Alzheimer Gesellschaft Kreis Neuss/Nordrhein e.V.

**Vortrag vor dem Sozialausschuss des
Rhein-Kreises Neuss**

Referentin: Heike Schulz (Dipl.-Sozpäd./Dipl.-Sozialarb.)

- Erworbene und fortschreitende Hirnleistungsstörung
- Beginn Minderung Alltagskompetenz
- Endet i.d.R. Notwendigkeit zur 24-Stunden-Betreuung/Pflege
- Demenz ist unheilbar

Was ist Demenz?

- 70 % leiden an Alzheimer-Demenz
- Aktuell 1,4 Mio. Erkrankte Deutschl.
- Prognose Jahr 2050: ca. 3 Mio. Erkrankte
- Hauptrisikofaktor Alter!
Durchschnittsalter Männer: 77 Jahre
Durchschnittsalter Frauen: 83 Jahre

Demographische Entwicklung

75-79jährigen -> 7,4 % erkrankt

80-84jährigen -> 15,7 % erkrankt

85-89jährigen -> 26,4 % erkrankt

90+ Jahre -> 45,1 % erkrankt

Demenzkranke im RKN 5000+
Bis 2020 Erhöhung im RKN 8400

Quelle: Wegweiser Demenz des RKN 2010

Demographische Entwicklung

- Trauer über den schleichenden Verlust
- Überforderung durch eigenes Altern und Rollentausch
- Permanente Anspannung/Gebundenheit
- Verzweiflung in (täglich wiederkehrenden) Krisensituationen
- Auseinandersetzung Ämter/Pflegekassen
- Organisation des Alltags

- Pflege Häuslichkeit so lange wie möglich!

Not der Angehörigen

Ziel der Alzheimer Gesellschaft Kreis
Neuss/Nordrhein e.V.
ist die Verbesserung der
Lebenssituation von Menschen mit
Demenz und ihren Familien!

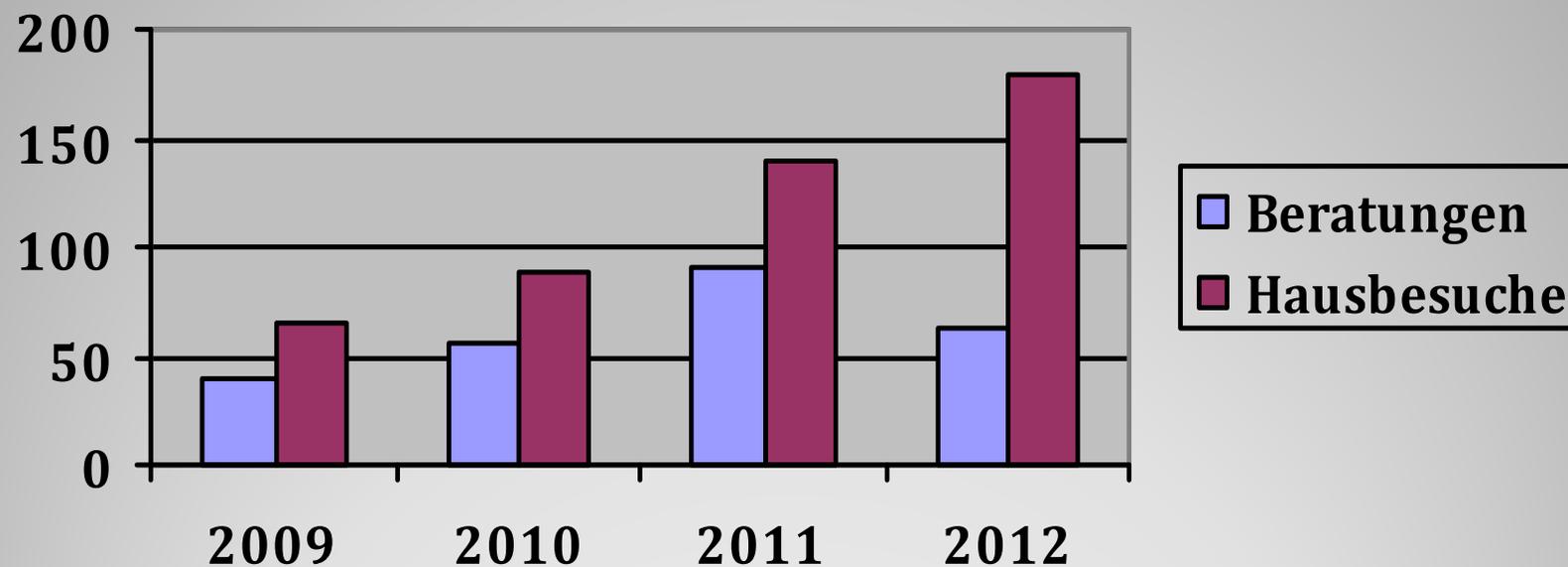
Seit 20 Jahren Hilfe zur Selbsthilfe im
Rhein-Kreis Neuss!

Unser Hauptanliegen

- **Persönliche/Telefonische Beratung**
- **Hausbesuche**
- **Ehrenamtlicher Helferkreis, z. Zt. 50 Helfer**
- **Vermittlung Entlastungsangebote/Netzwerk**
- **Krisenintervention**
- **4 Gesprächskreise im Rhein-Kreis Neuss**
- **2 Paargruppen**
- **4 jahreszeitliche Feste**
- **Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärung**

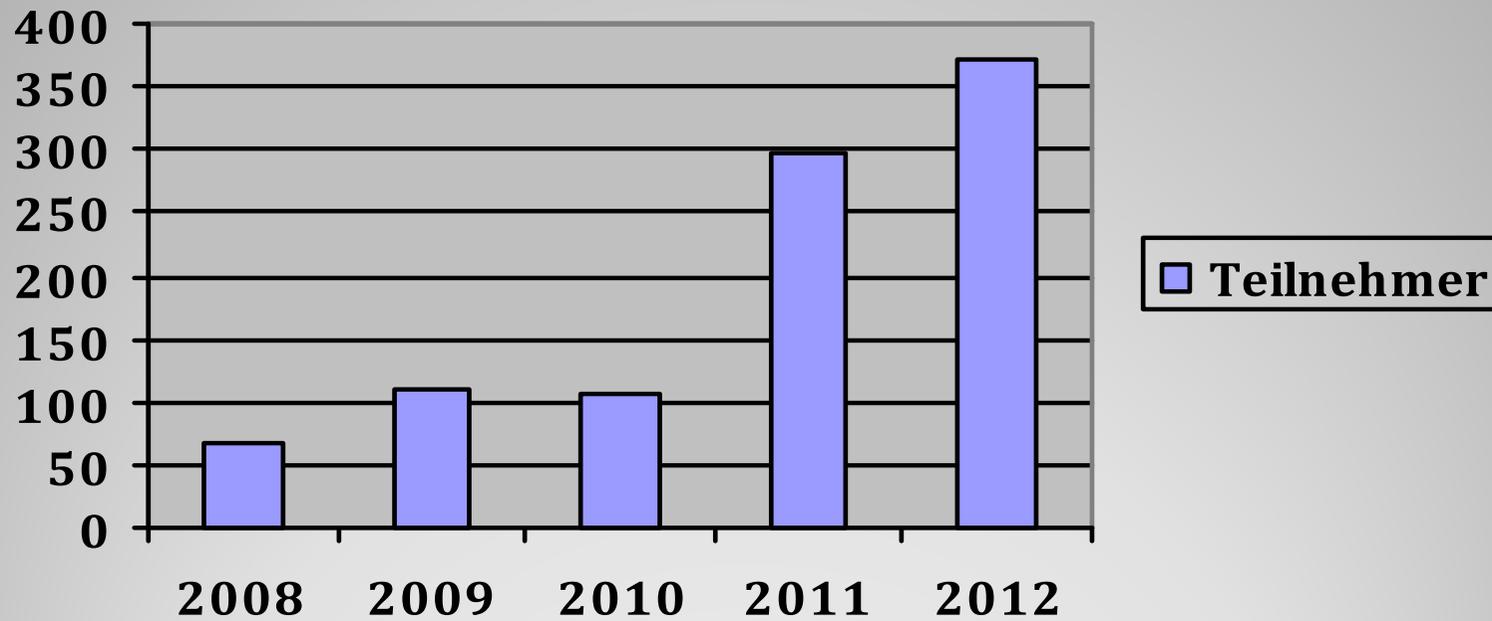
Wie wir helfen

Entwicklung der persönlichen Beratungen und Hausbesuche



Statistik

Teilnehmer der 4 Gesprächskreise



Statistiken

- Referenten „Leben mit Demenz“
- Öffentliche Vorträge
- Organisation von Expertenvorträgen
- Teilnahme an Infoständen im Rhein-Kreis
- Fotoausstellung „Demenz ist anders“
- Figurentheaterstück
- Mitwirkung „Demenzfreundliche Kommune“
- Vernetzung mit öffentlichen Stellen

Öffentlichkeitsarbeit

- **Begleitung/Entlastung** von Beginn der Erkrankung bis zum Heimaufenthalt/Versterben
- Befähigung Angehöriger zum Umgang mit der Erkrankung und Wahrnehmung ihrer Rechte -> **Handlungskompetenz**
- ambulant vor stationär -> **Heim vermeiden**
- Abbau von Hemmschwellen/Tabus
Inklusion von Erkrankten unterstützen!

Was erreicht unsere Arbeit?

- **Erhalt unserer bisherigen Angebote**
- **Ausbau des ehrenamtlichen Helferkreises**
- **Vernetzung Angehöriger stärken -> Entlastung! (GK, Paargruppen, Sportgr.)**
- **Regelmäßige Vortragsabende/Aufklärung**
- **Schulung an Schnittstellen (MdK, KH)**

Zukunftsperspektive!

Name	Qualifikation	Std./Wo.	PK p.a. brutto inkl. AG-Anteil	Bemerkungen
Menge, S.	Dipl.-Sozialarbeiterin und Kreative Gerontotherapeutin	39	44.505,00	Elternzeit bis 23.07.2014
Schulz, H.	Dipl.-Sozpäd./Dipl.Sozialarb. und Bürokauffrau	29	27.000,00	
Kalina, K.	Sozialarbeiterin (Bachelor of Arts) und exam. Krankenschwester	24	25.320,00	Befristeter Vertrag bis 31.03.2014
Schütt, M.	geringfügig Beschäftigte	7	7.100,00	
Lücking, U.	Buchhaltung	3	5.920,00	

Personal

- **Beantragte Betriebskosten für 2014**

Personalkosten	109.845 €
Sachkosten	24.500 €
<u>Gesamt</u>	<u>134.345 €</u>

- **Einnahmen**

-Spenden	10.537 € (Durchschnitt)
-Mitgliedsbeiträge	7.200 €
-Zuschüsse KK	2.000 €
-Votr./Schulungen	2.500 € (Durchschnitt)
<u>Gesamt</u>	<u>22.237 €</u>

Finanzierung

Betriebskosten 2014 **134.345€**

./. durchschn. Einnahmen 22.237€

Finanzbedarf für 2014 **112.108€**

./. Zuwendung RKN 69.344€

Offener Restbetrag **42.764€**

Finanzierung

- **Kennen der Bedarfe**
- **Kompetenz, Angebote nach diesem Bedarf zu gestalten**
- **Bearbeitung des Themas Demenz in aller Komplexität im Rhein-Kreis Neuss**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Name	Qualifikation	Std./Wo.	PK p.a. brutto inkl. AG-Anteil	Bemerkungen
Menge, S.	Dipl.-Sozialarbeiterin und Kreative Gerontotherapeutin	39	44.505,00	Elternzeit bis 23.07.2014
Schulz, H.	Dipl.-Sozpäd./Dipl.Sozialarb. und Bürokauffrau	29	27.000,00	
Kalina, K.	Sozialarbeiterin (Bachelor of Arts) und exam. Krankenschwester	24	25.320,00	Befristeter Vertrag bis 31.03.2014
Schütt, M.	geringfügig Beschäftigte	7	7.100,00	
Lücking, U.	Buchhaltung	3	5.920,00	

Personal

Bedarf Finanzmittel für 2014

- Personalkosten 109.845 €
- Sachkosten 24.500 €

z. B. Miete	4.528,00
Gas, Strom, Wasser	2.352,94
Telefon	788,45
km-Geld Erstattung	1.999,95
Porto	1.481,29

Finanzierung

Konsequenz eines abschlägigen Bescheides:

- Personalabbau und
- Abbau von dringend benötigten Entlastungs- und Unterstützungsangeboten!!

Finanzierung



**Bericht zur Umsetzung des
Bildungs- und Teilhabepaketes**

**Zahlen, Daten, Fakten
Stand 31.07.2013**

**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

Inhaltsverzeichnis:

1. Anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche	Seite 2
2. Entwicklung der Antragstellung	Seite 3
3. Erreichte Kinder und Jugendliche	Seite 3
4. Anträge nach Leistungskomponenten	Seite 4
4.1. BKGG	Seite 4
4.2. SGB II	Seite 4
4.3. Anträge gesamt (unter Ausschluss des Schulbedarfspaketes)	Seite 4
5. Bearbeitungsstand	Seite 5
5.1. BKGG	Seite 5
5.2. SGB II	Seite 5
6. Mittelabflüsse	Seite 6
6.1. Mittelabflüsse nach Rechtskreisen	Seite 6
6.2. Mittelabflüsse nach Leistungskomponenten	Seite 6
6.3. Mittelabflüsse je Kind nach Leistungskomponente	Seite 6
7. Schulsozialarbeit	Seite 7

Soweit im nachfolgenden Text die männliche Sprachform gewählt ist, gilt die weibliche Sprachform entsprechend

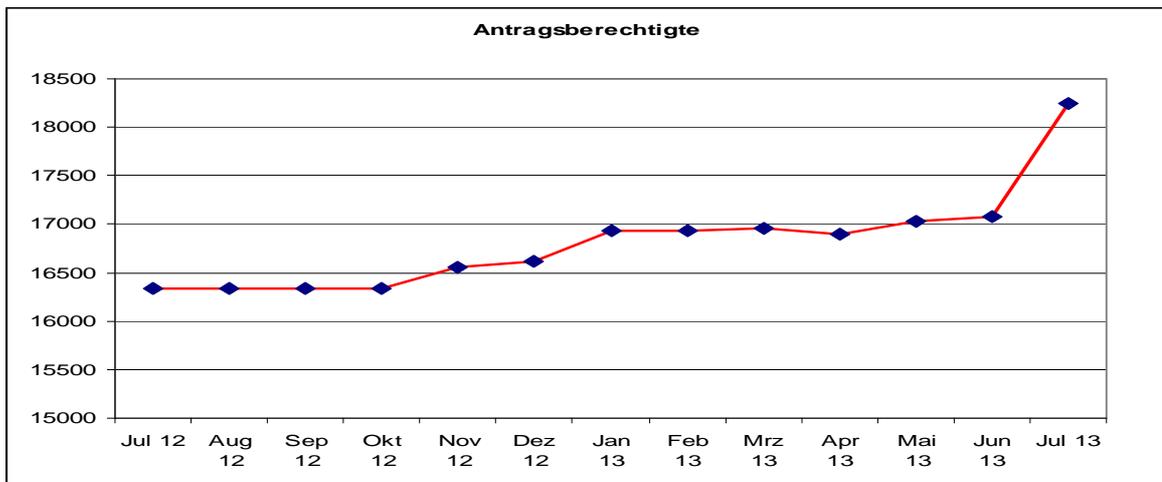
**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

1. Anspruchsberechtigte:

Derzeit werden die Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, BKGG oder AsylbLG beziehen neu erhoben. Im April 2011 (Start des Bildungs- und Teilhabepaketes) wurden seitens der entsprechenden Leistungsbehörden insgesamt 16.066 leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche gemeldet.

Für die Rechtskreise SGB XII und AsylbLG liegen noch keine neuen Werte vor.

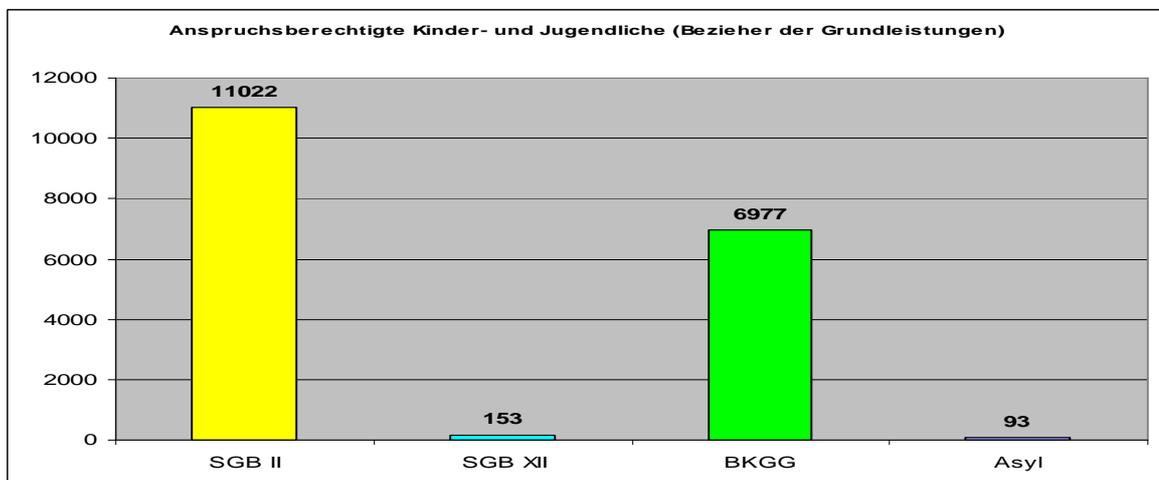
Bei den Rechtskreisen SGB II und BKGG ist jedoch ein deutlicher Anstieg der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen festzustellen.



Laut Meldung des Jobcenters vom 31.07.2013 beziehen aktuell 11.022 Kinder und Jugendliche Leistungen nach dem SGB II. Am 01.04.2011 waren es ca. 10.000 Kinder und Jugendliche.

Für den Rechtskreis BKGG wurden zum 31.07.2013 seitens der kreisangehörigen Städte und Gemeinden 6.977 leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche gemeldet. Hier wurden am 01.04.2011 lediglich 5.820 leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche verzeichnet.

**Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen
(Stand 31.07.2013): 18.245**

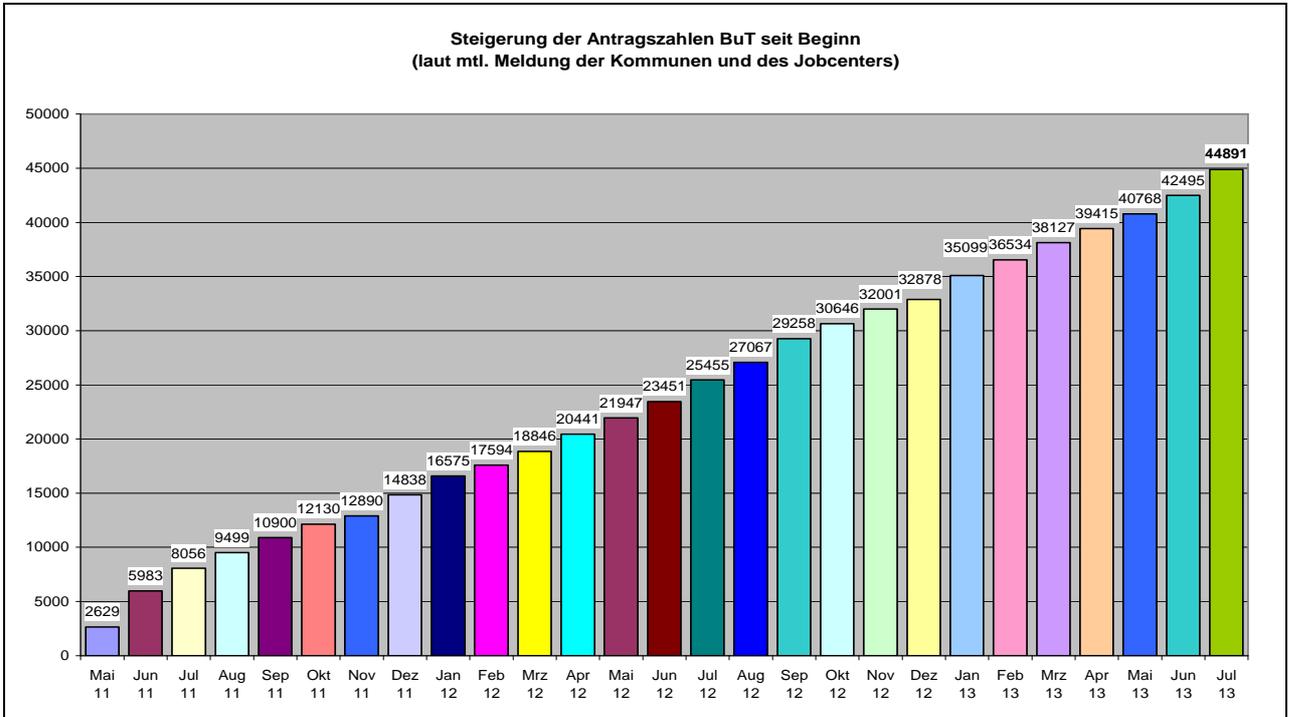


**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

2. Entwicklung der Antragstellung:

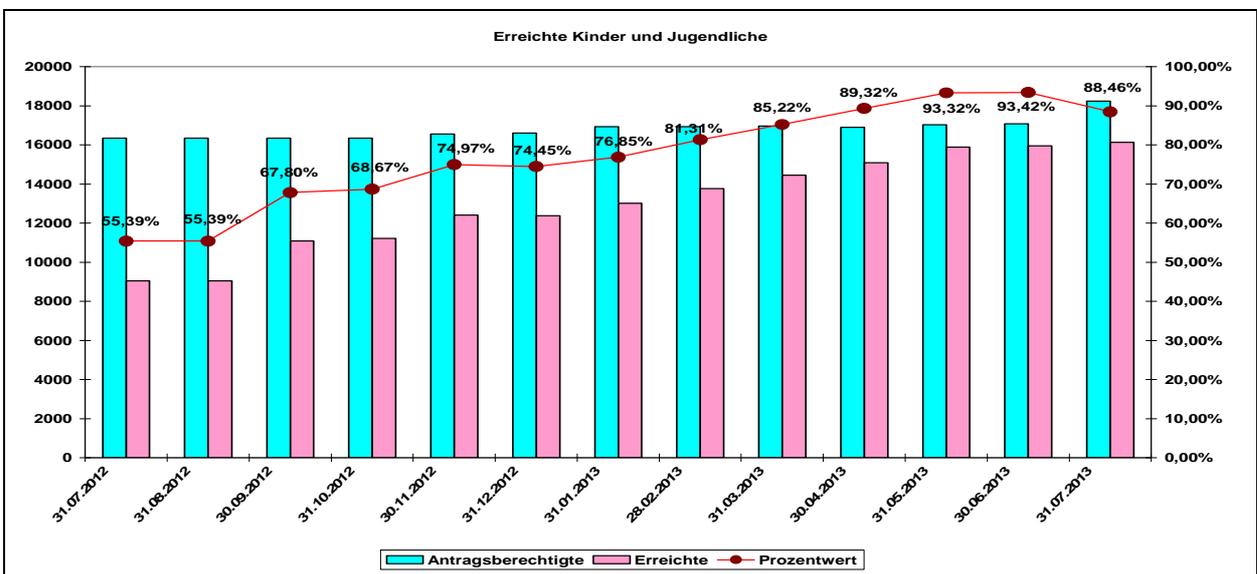
Bis zum 31.07.2013 wurden insgesamt 44.891 Bildungs- und Teilhabepaket Leistungen beantragt.

In der Zeit vom 01.01.2013 bis 31.07.2013 wurden insgesamt 12.013 Anträge gestellt.
Im vergleichbaren Zeitraum 01.01.2012 bis 31.07.2012 waren es 10.617 Anträge.



3. Inanspruchnahme / Erreichte Kinder und Jugendliche:

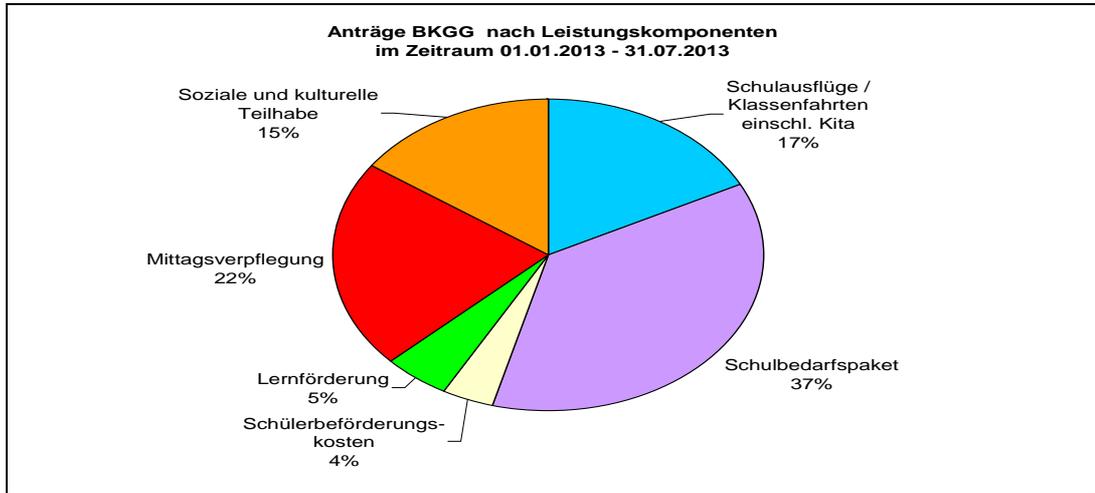
Seit dem 01.07.2012 werden auch die erreichten Kinder und Jugendlichen monatlich erhoben. Wie bereits in Ziffer 1 dargestellt, steigt die Zahl der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen aus den Rechtskreisen SGB II und BKGG stetig an. Wie sich das Verhältnis zwischen anspruchsberechtigten Kindern und Jugendlichen seit Beginn der Erhebung entwickelt hat, ist der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:



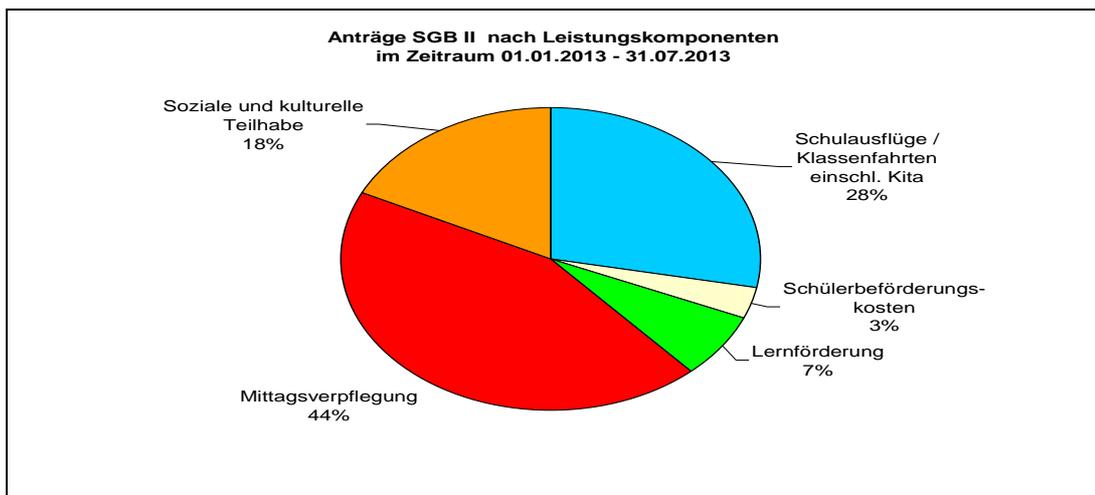
**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

4. Anträge nach Leistungskomponenten:

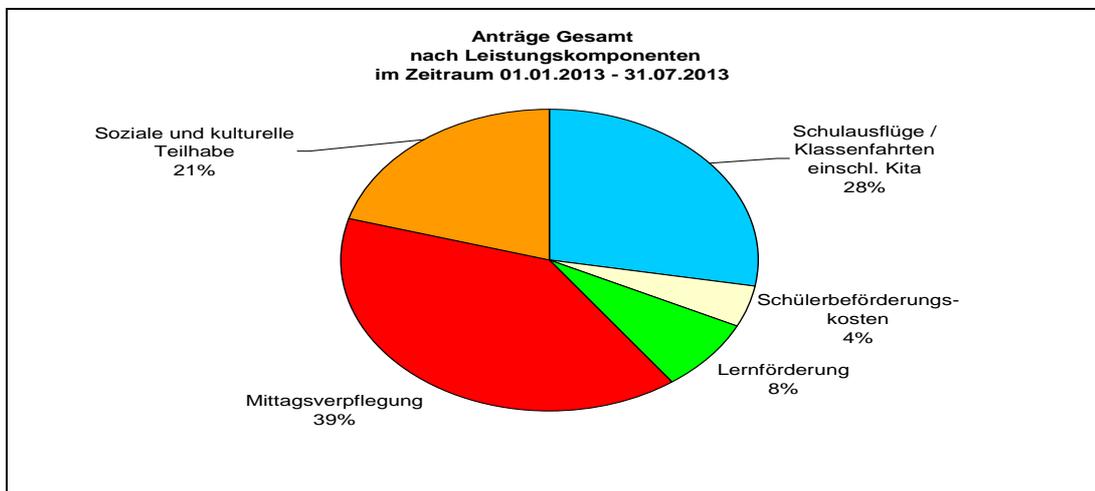
4.1. BKGG:



4.2. SGB II:



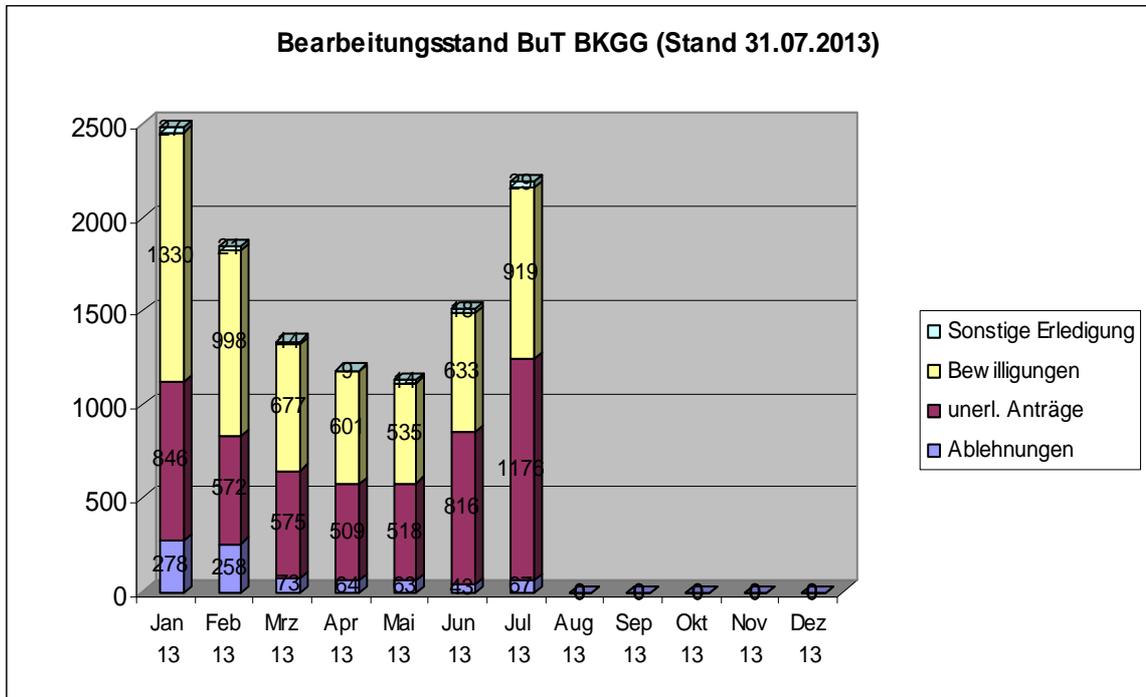
4.3. Anträge gesamt (unter Ausschluss des Schulbedarfspaketes):



**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

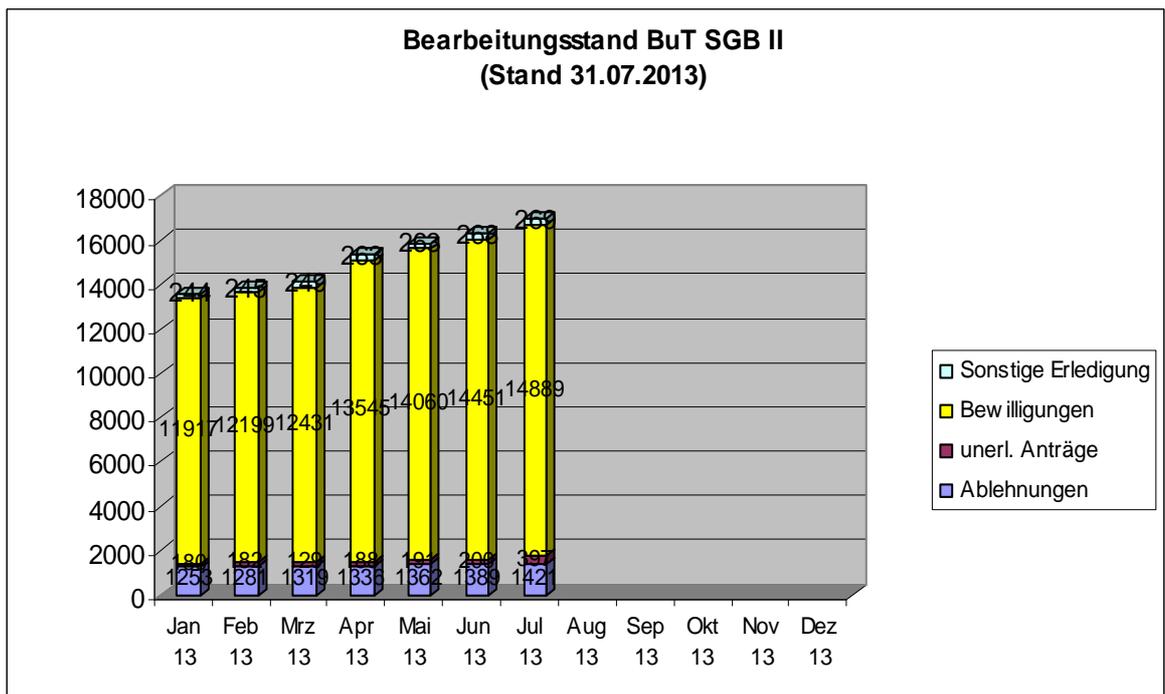
5. Bearbeitungsstand:

5.1. BKGG:



Der hohe Anteil an unerledigten Anträge im Juli 2013 ist dem Umstand geschuldet, dass Anträge auf das Schulbedarfspaket für das Schuljahr 2013/2014 erst zum Beginn des Schuljahres am 04.09.2013 bewilligt werden können. Gesetzlich ist hier der Monat in den der 1. Schultag fällt bestimmt.

5.2. SGB II:



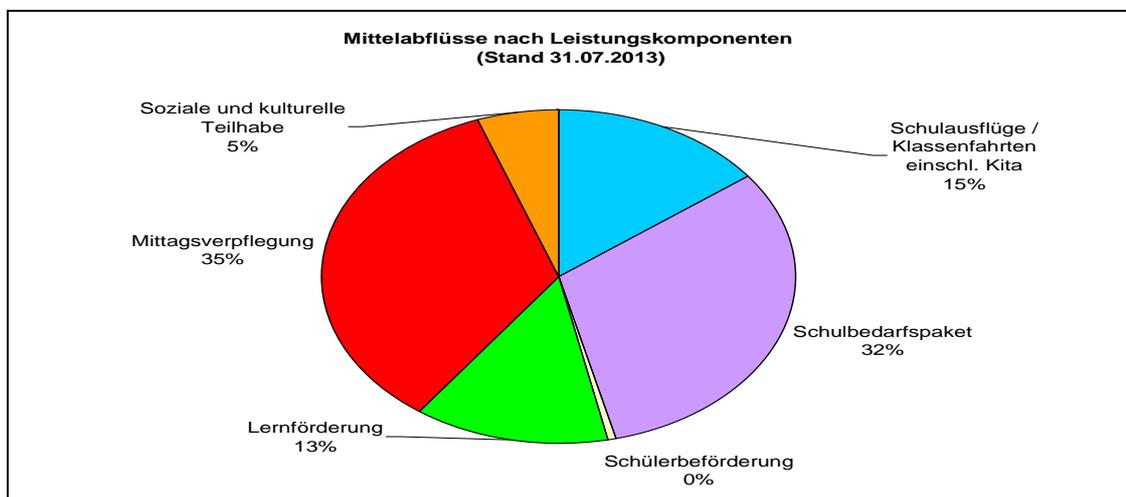
**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

6. Mittelabflüsse:

6.1. Mittelabflüsse nach Rechtskreisen:

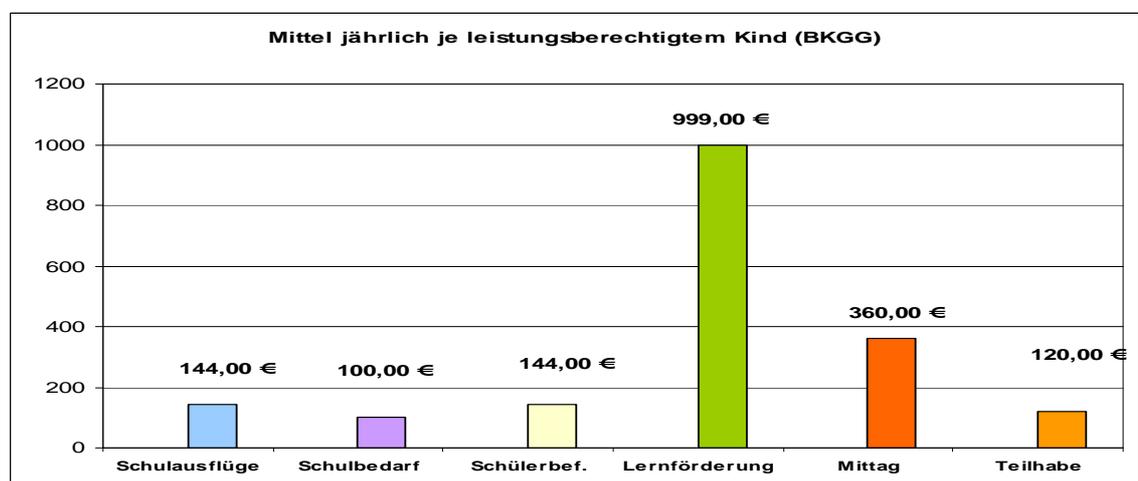
BKGG:	Gesamt	SGB II	Gesamt	Insgesamt
	2013		2013	2013
Leistungskomponente:	in €	Leistungskomponente:	in €	in €
Schulausflüge / Klassenfahrten einschl. Kita	51.143,42	Schulausflüge / Klassenfahrten einschl. Kita	196.021,45	247.164,87
Schulbedarfspaket	70.852,73	Schulbedarfspaket	453.946,58	524.799,31
Schülerbeförderungskosten	4.277,44	Schülerbeförderungskosten	3.896,06	8.173,50
Lernförderung	90.854,31	Lernförderung	134.084,56	224.938,87
Mittagsverpflegung	174.310,41	Mittagsverpflegung	402.417,45	576.727,86
Soziale und kulturelle Teilhabe	51.744,28	Soziale und kulturelle Teilhabe	39.218,54	90.962,82
Gesamt	443.182,59	Gesamt	1.229.584,64	1.672.767,23

6.2. Mittelabflüsse nach Leistungskomponenten (Gesamt):



6.3. Jährliche Ausgaben je leistungsberechtigtem Kind (hier: Schüler):

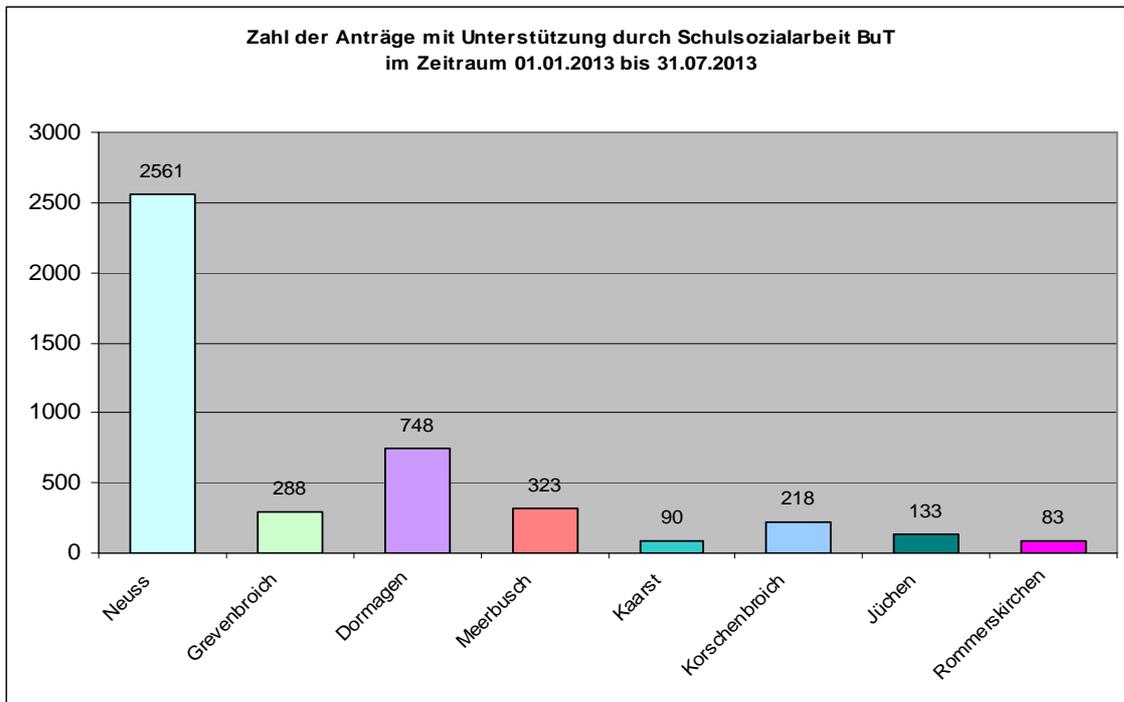
Nimmt ein Schüler **alle** Leistungskomponenten in Anspruch ergibt sich, ermittelt anhand der Auszahlungen je Kind und Leistungskomponente aus dem Rechtskreis BKGG, folgender Jahresanspruch. Eine vergleichbare Auswertung für den Bereich SGB II ist derzeit noch nicht möglich.



**Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Rhein-Kreis Neuss
(Stand 31.07.2013)**

7. Schulsozialarbeit:

In der Zeit vom 01.01.2013 bis 31.07.2013 haben die Schulsozialarbeiter BuT an 4.444 der 12.013 gestellten Anträge mitgewirkt. Die Schulsozialarbeiter BuT haben somit die Leistungsberechtigten bei 37,00 % der Anträge unterstützt. Im Zeitraum 01.01.2013 bis 31.03.2013 lag die Quote noch bei 31,05 %.



Impressum
Rhein-Kreis Neuss
-Sozialamt-
Lindenstr. 4-6
41515 Grevenbroich
bildungspaket@rhein-kreis-neuss.de
www.rhein-kreis-neuss.de

Tischvorlage für den TOP 6 der 17. Sozial- und Gesundheitsausschusssitzung

Die Koordinierungsgremien Gesundheitskonferenz und Pflegekonferenz werden unter dem Dach der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter zusammengeführt. Das Vorhaben wurde in der 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vorgestellt und von den Ausschussmitgliedern unterstützt. Die Verwaltung hat eine neue Geschäftsordnung erstellt und das Mitgliederverzeichnis noch mal überarbeitet (Stand September 2013). Die Anlagen sind zur Beratung beigefügt.

Beschlussempfehlung:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag die Geschäftsordnung und das Mitgliederverzeichnis der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter zu beschließen.

Mitglieder der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter des Rhein-Kreises Neuss

Stand: September 2013

a) stimmberechtigte Mitglieder

Institution ¹		Vertretung der Institution für den Rhein-Kreis Neuss
1.	Ärztchammer (1)	Ärztchammer Nordrhein, Kreisstelle Neuss
2.	Zahnärztekammer (1)	Zahnärztekammer Nordrhein, Kreisstelle Neuss
3.	Apothekerkammer (1)	Apothekerkammer Nordrhein, Kreisstelle Neuss
4.	Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des Patientenschutzes (1)	Deutscher Patientenschutzbund e.V.
5.	Freie Wohlfahrtsverbände (2)	Arbeitsgemeinschaft der Verbände der freien Wohlfahrtspflege im Rhein-Kreis Neuss
6.	Gesetzliche Krankenversicherung (2)	Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss
		VDEK – Verband der Ersatzkassen
7.	Gesetzliche Pflegeversicherung (1)	Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen im Rhein-Kreis Neuss
8.	Gesetzliche Unfallversicherung (1)	Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband / Düsseldorf
9.	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung (1)	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Nordrhein
10.	Kassenärztliche Vereinigung (1)	Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, Kreisstelle Neuss
11.	Gesetzliche Rentenversicherung (1)	Deutsche Rentenversicherung Rheinland
12.	Kassenzahnärztliche Vereinigung (1)	Kassenzahnärztliche Vereinigung Nordrhein, Düsseldorf
13.	Selbsthilfe (3)	Selbsthilfe Arbeitsgemeinschaft Neuss
		Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen und Verbände der Stadt Dormagen
		Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen Grevenbroich
14.	Stationäre Einrichtungen der Krankenversorgung (1)	Krankenhausverband Mittlerer Niederrhein e.V.
15.	Stationäre Einrichtungen der Pflege (1)	Arbeitsgemeinschaft der Altenheime im Rhein-Kreis Neuss
16.	Träger ambulanter nichtärztlicher, pflegerischer und sozialer Leistungen (1)	Interessensverband Privater Häuslicher Krankenpflege (IPHK)

¹ Die Zahl in Klammern entspricht der Anzahl der stimmberechtigten Sitze in der Konferenz

Institution¹		Vertretung der Institution für den Rhein-Kreis Neuss
17.	Mitglieder des zuständigen Ausschusses des Kreistages (pro Fraktion je 1)	Vorsitzender des SGA
		CDU - Fraktion
		SPD - Fraktion
		Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
		FDP - Fraktion
		Fraktion UWG / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive
18.	Einrichtende Kommune (1)	Kreisgesundheitsamt Neuss Kreissozialamt Neuss
19.		(1) Kreissportbund Neuss
20.		(1) Janssen-Cilag GmbH
21.		(1) Arbeitsgemeinschaft medizinische Rehabilitation im Rhein-Kreis Neuss
22.		(1) Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft im Rhein-Kreis Neuss

b) Beratende Mitglieder

Rhein-Kreis Neuss

Gleichstellungsbeauftragte
des Kreises Neuss

Schulamt für den Rhein-Kreis
Neuss

Kreissportamt

Kreissportbund Neuss

Kreisjugendamt Neuss

Städte und Gemeinden

die jeweiligen Hauptver-
waltungsbeamten

Wohlfahrtsverbände

Caritasverband für das
Kreisdekanat Neuss e. V.

Stadtdekanat Neuss e.V.

DRK Geschäftsstelle

DRK / Kreisverband Neuss
e.V.

AWO-Familienbildungswerk /
Kreisverband Neuss

Diakonisches Werk ev. Kir-
chengemeinden im Rhein-
Kreis Neuss

Beratungsstellen

Beratungsstelle für Eltern,
Kinder und Jugendliche
Neuss

Beratungsstelle für
Patientenorientierung

Frauenberatungsstelle Neuss

Kinderschutzbund / Ortsver-
band Neuss

Verbraucherzentrale NRW /
Beratungsstelle Dormagen

Krankenhäuser / Kliniken

Lukaskrankenhaus / ärztl.
Geschäftsführer

Kreiskrankenhaus Greven-
broich / ärztl. Direktor

Kreiskrankenhaus Dormagen
ärztl. Direktor

St. Alexius/St.-Josef-Kranken-
haus / ärztl. Direktor

Selbsthilfe / Initiativen

Deutsche Leberhilfe

Landesseniorenvertretung
NRW

Pflege-Selbsthilfeverband e.V.

Therapie / Rehabilitation

Qualitätszirkel Ernährungs-
therapie und Ernährungsber-
atung Nordrhein (QUEEN)

Zentrum für Neuropädiatrie
am Lukaskrankenhaus

medicoreha Welsink GmbH

Ambulantes Rehabilitations
Centrum (ARC)

Netzwerke / Vereinigun- gen / Arbeitsgemein- schaften / Stiftungen

Ärzt Netzwerk Kaarst

Gesundheitsforum Dormagen

Praxisnetz Dormagen e.V.

Regionalbeauftragter der Stif-
tung Deutsche Schlaganfallhilfe

Regionalbeauftragter der
deutschen Herzstiftung

Sportvereine / -vereini- gungen

Verein für Gesundheitssport
u. Sporttherapie (VGS) Neuss
e.V.

Universitäten

Deutsche Sporthochschule
Köln - Institut für Sportsozio-
logie

Behindertenhilfe / Betreutes Wohnen

Augustinus-Kliniken gGmbH

...und weitere Institutionen /
Akteure

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive - Lindenstraße 20 - 41515 Grevenbroich

An den Vorsitzenden
des Sozial und Gesundheitsausschusses
Herrn Dr. Klose
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Lindenstr. 20
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 09.09.2013

Altenpflegeheim Medina in Meerbusch

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

die Kreistagsfraktion UWG / Die Aktive bittet Sie, folgenden Antrag dem kommenden Sozial- und Gesundheitsausschuss am 12.09.2013 zur Entscheidung vorzulegen.

Antrag:

1. Die Kreisverwaltung veranlasst die Schließung des Pflegeheims Medina in Meerbusch Strümp zum nächstmöglichen – bestens sofort – Termin aufgrund schwerer Pflegemängel.
2. Die Kreisverwaltung wird gebeten, Auskunft zu erteilen, welche Maßnahmen nach Kenntnisnahme der Pflegemängel ergriffen wurden (z.B. wurden Abmahnungen ausgesprochen oder Geldbußen verhängt) und welche Ergebnisse sich daraus ergeben haben.

Begründung:

Die Kreisverwaltung muss schnell handeln, um den Bewohnern des Altenheims "Medina" weitere Qualen zu ersparen.

Seit nun mehr 8 Monaten steht das Heim wegen akuter Gefahr für Leib und Leben der Bewohner unter besonderer Aufsicht des Rhein-Kreises Neuss.

In die Ermittlungen gegen die Betreiber haben sich mittlerweile auch Polizei und Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Insbesondere geht es um die unzureichende Unterbringung, Versorgung, Betreuung der Patienten, mangelnde Hygiene, sowie weitere grobe Mängel.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

-2-

Der Medizinische Dienst der Krankenkassen hatte bereits im November 2012 einzelne Kriterien im Bereich "Pflege und medizinische Versorgung" mit mangelhaft bewertet.

Der Gesamteindruck im Hinblick auf Hygiene und Sauberkeit wurde mit der Schulnote 5 bewertet. Ebenfalls "mangelhaft": die Durchführung erforderlicher Maßnahmen bei Einschränkungen der selbstständigen Nahrungsversorgung. Für freiheitseinschränkende Maßnahmen lagen zum Teil keine Einwilligungen vor (Note 5).

Die normale Heimaufsicht des Rhein-Kreis Neuss kann anscheinend mit den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) den Schutz und die Interessen der Bewohner nicht gewährleisten. Siehe dazu Stellungnahme in der Rheinischen Post, Lokalausgabe Meerbusch vom 07.09.2013, Allgemeiner Vertreter des Landrats, Herr Jürgen Steinmetz.

Zusätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass im Mai 2013 im Medina Wohnheim ein 76 jähriger Bewohner, der an starker Demenz erkrankt war und als völlig orientierungslos galt, spurlos verschwunden ist und nach unserem Kenntnisstand bis heute nicht aufgefunden wurde!

Zum jetzigen Zeitpunkt muss man davon ausgehen, dass der Betreiber, in diesem Fall der Marseille Konzern nicht die notwendige Zuverlässigkeit zum Betrieb des Heims besitzt!

Mit freundlichen Grüßen

-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Kreistagsfraktion Rhein-Kreis Neuss

Platz der Republik 11, 41515 Grevenbroich

An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses
Herrn Dr. Hans-Ulrich Klose
Kreisverwaltung

41460 Neuss

Geschäftsstelle
Frau Brigitte Baasch
SPD-Kreistagsfraktion

Fon: 02181 – 2250 20
Fax: 02181 – 2250 40
ktf@spd-kreis-neuss.de

11.09.2013

Anfrage an den Sozialausschusses am 12. September 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Klose,

hinsichtlich der Probleme im Seniorenwohnpark Medina in Meerbusch-Strümp bittet die SPD-Kreistagsfraktion um einen Sachstandsbericht und um Informationen über das weitere Vorgehen.

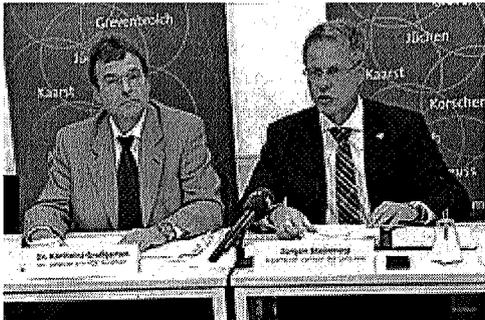
Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel MdL
Vorsitzender

SENIOREN, VERWALTUNG / 13.09.2013

Pflegemängel: Rhein-Kreis Neuss entzieht zwei Altenheimen die Betriebserlaubnis



© S. Büntig/Rhein-Kreis Neuss

Die Heimaufsicht des Rhein-Kreises Neuss hat den Altenpflegeeinrichtungen "Medina Meerbusch" und "Seniorenwohnpark Meerbusch" in Strümp den Betrieb untersagt. Betreiber sind die Medina Meerbusch GmbH und die Seniorenwohnpark Meerbusch GmbH, die zur Marseille-Kliniken AG mit Sitz in Hamburg gehören. "Es handelt sich hier um einen bisher einmaligen Fall im Rhein-Kreis Neuss", so Landratsvertreter und Sozialdezernent Jürgen Steinmetz in einem Pressegespräch. Die Versorgungsqualität der weiteren 36 stationären Altenpflegeeinrichtungen im Rhein-Kreis Neuss sei nachgewiesen gut.

Dr. Karlheinz Großgarten, stellvertretender Leitender Arzt beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) Nordrhein, erläuterte die Gründe für den Schritt, die beiden Meerbuscher Einrichtungen zu schließen. Sowohl bei der Arzneimittelversorgung als auch bei der Körperpflege der Bewohner habe es "durchgängige Probleme" gegeben. Bei einigen Bewohnern seien außerdem "Mängel bei Ernährung und Flüssigkeitsversorgung" sowie "relevante Gewichtsabnahmen" festgestellt worden. Auch nicht versorgte Wunden und Druckgeschwüre konstatierte der Experte. Zudem habe es wiederholt Mängel bei der personellen Ausstattung in Qualität und Quantität gegeben.

Bereits Ende 2012 hatte die Heimaufsicht daher einen Aufnahmestopp für beide Einrichtungen verhängt. "Als Rhein-Kreis Neuss nehmen wir die Heimaufsicht über die Altenpflegeeinrichtungen sehr ernst. Dieser Fall macht deutlich, wie wichtig regelmäßige Kontrollen und Qualitätsprüfungen der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung sind", sagte Jürgen Steinmetz. Trotz mehrfacher Beratung der Heim- und Pflegedienstleitungen hätten die Mängel bis heute nicht so entscheidend ausgeräumt werden können, dass die Qualität der Pflege den gesetzlichen Anforderungen entspreche.

"Im Interesse des Wohlergehens der jeweils 50 Heimbewohner beider Einrichtungen sahen wir uns als Heimaufsicht gezwungen, die Betriebsuntersagungen auszusprechen. Bestätigt werden wir hierbei auch durch die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen des MDK Nordrhein", so Steinmetz. Beiden Einrichtungen sei zur ordnungsgemäßen Abwicklung eine Frist bis zum 30. November eingeräumt worden.

Bis dahin müssen die Betreiber die Verträge mit ihren Bewohnern kündigen. Sie haben auch die Pflicht, einen anderen Pflegeplatz für die Bewohner nachzuweisen. Dabei unterstützen die Heimaufsicht, der MDK und die Stadt Meerbusch die Einrichtungen sowie die Bewohner und deren Angehörige. "Wir werden alles daran setzen, Belastungen für die Heimbewohner und die Angehörigen so gering wie möglich zu halten. Auch den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir bei der Vermittlung neuer Arbeitsstellen helfen", versprach Steinmetz.

Die Vorwürfe, die die Marseille-Kliniken AG gegen die Heimaufsicht geäußert hat, entbehren nach Ansicht des Rhein-Kreises Neuss jeglicher Grundlage. Der für Nordrhein-Westfalen zuständige Regionalleiter hatte angegeben, die Knappschaft als federführende Pflegekasse hätte seinem Unternehmen bestätigt, dass es keine Mängel gebe, die eine Schließung rechtfertigen würden. Der Rhein-Kreis Neuss habe aber inzwischen von der Knappschaft schriftlich bestätigt bekommen, dass es in dieser Sache überhaupt keinen Kontakt zwischen ihr und den Marseille-Kliniken gegeben hat, kontert Steinmetz. Auch den Vorwurf der Befangenheit gegen die Heimaufsicht, den der Vorstand der Marseille-Kliniken erhoben hatte, wies er mit aller Entschiedenheit zurück.

© 2010 Rhein Kreis Neuss, Letzte Aktualisierung: 13.09.2013

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Niederschrift.	1
Alzheimer Gesellschaft	11
Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes SGA 12092013	31
TV Gesundheits- und Pflegekonferenz	39
uwg-aktive-antrag-medina-09-2013-09	43
Anfrage KTF SPD Sachstandbericht Medina	45
Pressebericht Seniorenheime	47
Inhaltsverzeichnis	49